



Aus dem Regierungsrat des Kantons Obwalden

Sachplan des Bundes für radioaktive Abfälle: Ablehnung eines geologischen Tiefenlagers im Wellenberg

Gemäss dem Sachplan geologische Tiefenlager hat die Nagra den Wellenberg erneut als möglichen Standort für die Entsorgung schwach- und mittelaktiver Abfälle bezeichnet. Neben dem Kanton Nidwalden ist auch der Kanton Obwalden betroffen. Der Obwaldner Regierungsrat lehnt im Einvernehmen mit dem Gemeinderat Engelberg den Standort mit Hinweis auf die befürchteten Auswirkungen auf den Tourismus ab.

Die neuen Unterlagen der Nagra weisen darauf hin, dass nun auch Engelberg von der Geologie her und raumplanerisch unmittelbar betroffen ist. Der Einwohnergemeinderat Engelberg lehnt das Vorhaben jedoch mit der Unterstützung des Regierungsrats entschieden ab. Für den Regierungsrat des Kantons Obwalden ist das vorgesehene Tiefenlager vor allem auch aus volkswirtschaftlichen Überlegungen inakzeptabel. Er stellt fest, dass der Tourismus für Engelberg das wichtigste Standbein ist, nachdem über 90 Prozent der Beschäftigten in diesem Bereich tätig sind.

In einer Studie aus dem Jahr 2000 betreffend der Auswirkungen eines Endlagers gaben 73 Prozent der Befragten an, sie würden einen entsprechenden Ferienort nicht mehr buchen. Die Sensibilisierung der Bevölkerung in diesem Bereich hat zwischen einer ersten Umfrage im Jahr 1994 bis zur erwähnten Studie 2000 sehr stark zugenommen. Diese Sensibilisierung seit dem Jahre 2000 hat sich bis heute eher noch verschärft. Es besteht das Risiko, dass Engelberg bei einem Bau des geplanten Endlagers mehr als drei Viertel der regelmässigen Gäste verlieren würde. Das können sich die Gemeinde Engelberg und der Kanton Obwalden nicht leisten.

Obwohl damals der Kanton Obwalden an den Volksabstimmungen im Kanton Nidwalden nicht beteiligt und nur am Rande betroffen war, hat

der Obwaldner Regierungsrat kein Verständnis für die Kehrtwende des Bundes gegenüber den Volksentscheiden und Zusicherungen an den Kanton Nidwalden. Der Regierungsrat des Kantons Obwalden will deshalb im Rahmen der demokratischen Mittel und des Bundesrechts die Möglichkeiten ausschöpfen, damit der Standort „Wellenberg“ von der Liste der möglichen Standorte gestrichen wird.